Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1409

Nr. 184 — Freitag, den 8. August 1924 — 19. Jahrgang

Rasche Fortschritte in London.

Marx und Stresemann bei Herriot. — Beginn der Räumungsverhandlungen.

Befriedigender Fortgang der Konferenz.

Die ruhige Sachlichkeit des Reichskanzlers Dr. Marx hat in London einen ersten Erfolg erzielt: Es ist eine Atmosphäre geschaffen worden, die gereizte Ausbrüche wenig begünstigt und sachgemäßes Arbeiten und methodisches Fortschreiten wesentlich erleichtert. Es ist ein hohes Lob für die deutsche Delegation, wenn das nationalistische „Echo de Paris" entrüstet behauptet, die deutschen Delegierten führten eine Sprache, als ob alle Erinnerungen an den Krieg ausgelöscht seien und als ob sie die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit verträten. In der Tat kann man die Aufgabe der deutschen Delegation nicht besser charakterisieren, als es in diesen Ausführungen des journalistischen Schildknappen Poincares geschieht. Die Konferenz kann nur zu einem guten Ergebnis führen, wenn alle Erinnerungen an das Vergangene gebannt und die Blicke der Delegierten lediglich in die Zukunft gerichtet werden. Was den sachlichen Verlauf der Verhandlungen angeht, so hat sich gezeigt daß man doch nicht ganz auf die Mitarbeit von Sachverständigenausschüssen verzichten kann. An diese sind die Fragen überwiesen worden, die mehr technischen Charakter tragen, während die Vollversammlung der Delegationsführer, die „großen Vierzehn", sich die Behandlung der eigentlichen politischen Fragen vorbehalten haben. Auf diesem Gebiet scheinen auch die größten Schwierigkeiten zu liegen, während die Erledigung der mehr technischen Fragen keine allzu großen Schwierigkeiten verursachen dürfte.

Wir verzeichnen über den Gang der gestrigen Verhandlungen folgende Meldungen:

London, 7. August. Der heutige Vormittag war in der Hauptsache Kommissionsberatungen gewidmet.

Die „Großen Vierzehn", die um 11 Uhr im Zimmer des Premierministers im Unterhaus zusammentraten, berieten das Problem der Verfehlungen und Sanktionen. In der Frage der Verfehlungen wurde der deutsche Vorschlag, wie vorauszusehen war, angenommen. Die Verfehlung muß böswillig sein und als Betrug festgestellt werden. In der Sanktionsfrage hat man sich ebenfalls geeinigt. Die Fragen über das Schiedsgericht und die Amnestie wurden angeschnitten.

Um ½4 Uhr nachmittags erschienen der Reichskanzler Dr. Marx und Dr. Stresemann bei Herriot zum Besuch. Herriot erwiderte diesen Besuch um ½5 Uhr. Besuche der deutschen Delegationsführer bei den Belgiern und Italienern werden folgen.

In der Frage der Amnestie sind eingehende Verhandlungen geführt worden. Man kann auch hier feststellen, daß die Parteien sich auch in dieser Frage nähergekommen sind, so daß nur noch die entsprechenden juristischen Formeln fehlen.

Das politisch Entscheidende ist aber doch der Besuch, den der Reichskanzler und der Außenminister bei den Führern der übrigen Delegationen, insbesondere beim französischen Ministerpräsidenten Herriot, gemacht haben. Man darf annehmen, daß damit der Versuch einer Einleitung unmittelbarer Verhandlungen zwischen den an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächten gemacht worden ist. England wird in diesem Falle voraussichtlich den Vermittler spielen. Schon in den letzten Tagen waren dauernd Bemühungen im Gange, eine Formel zu finden, die eine derartige Aussprache einleiten sollte. Da die deutsche Delegation als letzte in London angekommen ist, war es nach diplomatischem Brauch ihre Aufgabe, zunächst ihre Karte bei den Führern der übrigen Delegationen abzugeben. Man muß nun abwarten, ob aus diesem formellen Besuch, der nur kurze Zeit dauerte und der nicht Gelegenheit zu einer Besprechung der brennendsten Fragen bot, sich gute Möglichkeiten ergeben

Paris, 7. August. In der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets findet nach dem „Quotidien" heute außerhalb des Rahmens der Konferenz ein erster Meinungsaustausch zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegierten statt. Die deutsche Regierung wolle die Zurückziehung der Truppen bis zum 31. Dezember beendet sehen und sei bereit, dafür große Opfer zu bringen.

Nebenher gehen die Verhandlungen der Bankiers, mit denen der Reichsbankpräsident Dr. Schacht seit Mittwoch sich in Verbindung gesetzt hat. Er hat darüber der Delegation am Donnerstag berichtet. Ueber diese Verhandlungen liegen abschließende Ergebnisse noch nicht vor. Es ist denn auch verfrüht, irgend einen Zeitpunkt anzugeben, an dem die Konferenz zu Ende gehen könnte; man rechnet aber im allgemeinen damit, daß voraussichtlich Mitte nächster Woche das Schlußprotokoll unterzeichnet werden kann.

London, 7. Aug. Dr. Breitscheid erklärte in einem im „Evening Standard" veröffentlichten Interview, wenn die deutsche Delegation mit dem Entwurf einer Regelung zurückkehre, die nicht ein Versprechen sofortiger Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet sowie eine Amnestie für die wegen des passiven Widerstandes Eingekerkerten einschließe, so bestehe wenig Aussicht, daß die auf den Dawesplan bezüglichen Gesetzentwürfe durch den Reichstag angenommen würden.

•

Die Aufgaben der Ausschüsse.

Zum Verständnis ist es vielleicht nützlich, einmal die wichtigsten Punkte, die zunächst in den Unterkommissionen verhandelt werden, herauszuschälen.

Bei dem ersten juristischen Ausschuß bilden die Protokolle der alliierten Ministerkonferenz weiterhin die Grundlage der Verhandlungen. Im Vordergrund steht die Frage, was unter einem Verschulden Deutschlands zu verstehen ist. Es ist darauf hinzuweisen, daß das Gutachten selbst immer nur von einem böswilligen Verschulden Deutschlands spricht, so daß also eine genauere Begriffsbestimmung folgen muß. Weiter ist hier die wichtige Frage zu klären, ob Sondersanktionen, die wir selbstverständlich ablehnen, künftig doch möglich sind. Vor allem muß für solche Fälle ein besonderes Uebereinkommen mit uns getroffen werden, damit nicht eines Tages Sanktionen über unseren Kopf hinweg verhängt werden.

Im zweiten Ausschuß geht die Debatte hauptsächlich um die zeitliche Reihenfolge und das Tempo der wirtschaftlichen Räumung. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die Räumung schneller vollzogen werden kann, als im Gutachten vorgesehen ist. Finanz- und Verkehrsministerium halten sich für stark genug, in etwa acht Tagen den gesamten Dienstbetrieb wieder aufnehmen zu können, da die erforderlichen Beamten bereitgestellt sind. Außerdem ist in dem Gutachten ein Zeitunterschied zwischen der Rückgabe der Eisenbahn im besetzten und unbesetzten Gebiet gemacht, während wir die gleichzeitige Rückgabe der gesamten Eisenbahnen fordern. Hinsichtlich der Technik der Räumung geht unser Vorschlag auf die Zusammensetzung eines Ausschusses ein, der den Umfang der Räumung aller dabei getroffenen Maßnahmen zu überwachen hat. Hier wird auch das Thema der Amnestie angeschnitten werden, wobei sich die Franzosen stark für die Begnadigung der in Deutschland verurteilten Separatisten einsetzen, eine Forderung, auf die sich die deutsche Regierung schwer einlassen kann. Auch hier geht unser Vorschlag auf ein Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz aus.

Die technisch am stärksten verwickelten Probleme bietet der Bericht des dritten Ausschusses über die Uebertragungsbestimmungen. Generell hält Deutschland an der Auffassung fest, daß die Zumutungen, die hier an uns gestellt werden, weit über den Versailler Vertrag hinausgehen.

Infolgedessen stehen vorläufig die Vorschläge der Alliierten und die deutschen Gegenvorschläge sich noch stark und unausgeglichen gegenüber. Auch hierbei macht Deutschland wieder den Vorschlag, ein internationales Schiedsgericht einzusetzen. Darüber hinaus aber verlangt die deutsche Regierung, daß sie bei der Organisation und der Auswahl der Persönlichkeiten herangezogen wird, vor allem, daß die personelle Auswahl des Schiedsgerichts, das über „böswillige Manöver" Deutschlands zu entscheiden hat, nur mit deutscher Zustimmung erfolgt. Daneben laufen natürlich noch eine ganze Reihe von geringfügigeren Einwänden, über die sich aber vermutlich sehr rasch eine Verständigung erzielen lassen wird.

London, 7. August. Reuter erfährt aus zuverlässiger Quelle: Die Sachverständigen, die über den Bericht des zweiten Ausschusses beraten haben, haben heute ein volles Uebereinkommen erreicht. Der dritte Ausschuß wird, wie man erwartet, seine Arbeiten morgen früh abschließen. Es verlautet, daß jetzt der Dawesbericht 10 Tage früher wirksam werden könne, als ursprünglich beabsichtigt gewesen sei, nämlich am 5. Oktober statt am 15. Oktober. Dies sei das Ergebnis der dringenden Vorstellungen der deutschen Delegation, daß der Dawesbericht zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt in Wirksamkeit trete.

London, 7. August. Die Abendpresse betont, es sei jetzt klar, daß die Londoner Konferenz länger dauern werde, als ursprünglich angenommen wurde, und daß sie nicht vor Dienstag oder Mittwoch zu Ende gehen werde.

•

Newyork, 7. August. In hiesigen Bankkreisen wird erwartet, daß die großen amerikanischen Korporationen sich an der Zeichnung der deutschen Anleihe, falls diese innerhalb der nächsten Monate auf den Markt kommt, in großem Umfange beteiligen werden, da gegenwärtig ein Mangel an Neuemissionen herrscht und innerhalb der nächsten Wochen keine umfangreiche Neufinanzierung zu erwarten steht.

London, 7. August. „Daily Telegraph" zufolge herrschte gestern in amerikanischen Kreisen entschiedener Optimismus. Staatssekretär Hughes hätte Europa mit der Ueberzeugung verlassen, daß alles gut gehen werde.

Berliner Großbankiers nach London.

Berlin, 7. August. Wie verlautet, sind Dienstag abend drei höhere Beamte der Reichsbank und mehrere Berliner Großbankiers nach London abgereist. Ihre Reise steht in Verbindung mit dem Wunsche der in London versammelten Bankiers, auch deutsche Vertreter vor einer Abänderung der bisherigen Konferenzbeschlüsse anzuhören.

• • •

Die Abbaugefahr für die Eisenbahner aus dem Gutachten.

Berlin, 7. August. Wie verlautet, sind von den deutschen Eisenbahnerorganisationen Schritte bei der Reichsregierung unternommen worden, um die Beibehaltung des jetzigen Beamten- und Arbeiterstandes bei einer Internationalisierung sicherzustellen. Die Eingaben behaupten, daß nach einer amerikanischen Pressemeldung der Prozentsatz des Abbaues 80 Prozent betragen soll.

Freilassung der Gefangenen von Pirmasens.

München, 7. August. Dem Vernehmen nach ist es gelungen, die Freilassung der Pirmasenser Gefangenen zu erreichen. Es sind 44 Personen. Gegen weitere 60 Personen war ein Verfahren eingeleitet, auch dieses wurde niedergeschlagen, so daß im ganzen 104 Personen außer Verfolgung gesetzt worden sind.

Berlin, 8. August. Nach Blättermeldungen aus der Pfalz ist der dortigen Regierung von der Rheinlandkommission eine neue Liste mit 1116 Ausgewiesenen überreicht worden, denen die Rückkehrerlaubnis erteilt worden ist. Auf der Liste befinden sich auch die Namen von Pfälzern, die seinerzeit wegen Abwehr der Separatistenbewegung ausgewiesen worden sind.

Politische Rundschau.

Reichsverfassungsfeier in Weimar.

Neben den Verfassungsfeiern, die zum 11. August dieses Jahr aller Orten begangen werden sollen, ist eine große, eindrucksvolle Reichsverfassungsfeier in Weimar am 10. August geplant, die vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" vorbereitet wird. Das Programm dieser Feier ist schon in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Es sieht vor: Zapfenstreich am Sonnabend, den 9. August, abends 9 Uhr. Wecken am 10. August früh 6 Uhr, Festakt im Deutschen Nationaltheater von 9—11 Uhr mit Eröffnungsansprache des Oberpräsidenten Hörsing und Reden von Prof. Dr. Hugo Preuß, General v. Deimling, Generalinspekteur Körner-Wien, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, Reichstagsabg. Löbe und Dr. Ludwig Haas. Gesangs- und Orgelvorträge, sowie Rezitationen rahmen die Festreden ein. Nebenher geht eine Totenfeier für die gefallenen Freiheitskämpfer der Republik am Denkmal der Märzgefallenen in Weimar. Von 11 bis 12 Uhr findet eine Volksfeier auf dem Platz vor dem Deutschen Nationaltheater statt, die mit Umzug der Verbände und Vorbeimarsch vor dem Bundesvorstand und den geladenen Gästen auf dem Karlsplatz endet. Am Nachmittag sind Gartenfeste in verschiedenen Weimarer Lokalen geplant. Ein eigener Ordnerdienst des Reichsbanners Weimar wird die Polizei in der Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung unterstützen.

Fünf Jahre Schwarz-Rot-Gold.

Wenn in den Tagen vom 9.—11. August der Abschluß der Weimarer Verfassung gefeiert wird, kann auch die Flagge Schwarz-Rot-Gold ihr fünfjähriges Jubiläum feiern. Wenigstens als offizielle Farben des deutschen Reiches. Ihr Alter ist sonst ehrwürdig genug, haben sie doch schon die Lützowschen Jäger im Freiheitskriege gegen Napoleon geführt, war sie doch Jahrzehnte hindurch, von den Behörden verfolgt, das Symbol der